

PORTRAIT



Künstler und Kämpfer Andreas Stockmann Foto: Anja Weber

Freefighter zu ersteigern

Kunst und Kampfsport prägen sein Leben, von Gewalt hingegen will Andreas Stockmann nichts wissen, obwohl der heute 50-jährige gelernt hat, damit umzugehen. Etliche Jahre hat der Urvater der deutschen Mixed-Martial-Arts-Szene (MMA) in Spezialeinsätzen der Nationalen Volkssarmee der DDR gedient. Der junge Stockmann wollte damit etwas für Antimperialismus und Frieden tun – bevor er das Weite suchte und über Tschechien in die Bundesrepublik flüchtete. Seit gut 20 Jahren ist Stockmann in der Free-Fight-Szene aktiv, als Kämpfer, Trainer und Betreuer. Gleichzeitig malt er und stellt aus. In seiner Kunst ist Gewalt ein immer wiederkehrendes Thema, die Motive sind düster und vielschichtig wie er selbst.

Jetzt ist Stockmann, der schon seit Jahren versucht, seine Popularität in der Kampfsportszene für soziale Zwecke zu nutzen, auf eine besondere Idee gekommen: Noch bis zum 8. Dezember kann man 24 Stunden seiner Lebenszeit bei Ebay ersteigern. Der Erlös geht neben einem Kinderhospiz in Wien auch an den Verein des taz-Panther-Preisträgers 2008, Julius Deutsch: kommhelp e.V. bemüht sich darum, computergestützte Kommunikationsmöglichkeiten für Schwerstbehinderte zu finden und kann jede Unterstützung dringend gebrauchen.

Was auf Andreas Stockmann zukommt, wenn ihn jemand für 24 Stunden ersteigert, weiß er nicht, bereit aber ist er zu fast allem. Wenn jemand nur lange reden und Stockmanns Lebensgeschichte erfahren möchte, ist das genauso möglich wie Kino, Babysitten, Ausflüge, leidenschaftliche Debatten über die Legimität von Käfigkämpfen oder Anekdoten aus dem Leben eines professionellen Personenschützers. Vorstellbar sind auch 24 Stunden privates Kampfsporttraining am Stück. Das ist auch der Vorläufer der aktuellen Versteigerungsaktion: Mehrfach schon hat Stockmann „24 Stunden MMA-Training“ angeboten. Stets ging der Erlös an soziale Einrichtungen, und wer das Training durchgehalten hat, ist mindestens um eine Erfahrung reicher. „Artikelzustand: Gebraucht, wurde bereits benutzt“, steht bei Ebay.

BERND PICKERT

■ Auktion bei Ebay: Bei der Suche Artikelnummer 110982516014 eingeben

taz.blog

Tischgespräch  
Das taz-Blog  
übers Essen

blogs.taz.de

NACHRICHTEN

VIDEOCLIP ZU EXTREMISMUS

Bundeszentrale räumt Fehler ein

BERLIN/BONN | Ein Videoclip der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema Extremismus sorgt für Aufregung. In dem Internet-Kurzfilm soll über Rechts- und Linksextremismus und über Islamismus informiert werden. Dabei ist auch von „Döner-Morden“ die Rede. „Teilweise sind Formulierungen unglücklich gewählt“, sagte der Sprecher Daniel Kraft gestern. Das Video soll nun korrigiert werden.

Der Clip ist Teil der Reihe „Ahnungslos“, die in Zusammenarbeit mit ProSieben entstanden war. Sie richtet sich an „bildungs- und politikferne junge Men-

schens“, denen politische Zusammenhänge möglichst einfach, zum Teil auch mit Ironie vermittelt werden sollen. Das im Comicstil gehaltene Video „Was ist Extremismus?“ beginnt mit den Worten: „Es herrscht Bombenstimmung in Deutschland. Die Linken fackeln Luxuskarossen ab, und die Rechten kontern mit den sogenannten Döner-Morden.“ Als „Döner-Morde“ wurden anfangs nach der Aufdeckung die NSU-Morde bezeichnet. Weil diese Bezeichnung das Ausmaß der Taten missachtet, wurde „Döner-Morde“ zum Unwort des Jahres 2011 gewählt. (epd)

PUSSY-RIOT-VIDEO IM NETZ

Gericht ordnet Löschung an

MOSKAU | Das Video vom sogenannten Punkgebet der kremlkritischen russischen Band Pussy Riot muss auf Anordnung der russischen Justiz aus dem Internet verschwinden. Ein Moskauer Gericht ordnete gestern an, den Clip von sämtlichen Seiten zu löschen. Aktivistinnen der Punkband hatten im Februar eine spektakuläre Protestaktion in der wichtigsten Moskauer Kathedrale gestartet und in dem „Punkgebet“ die Gottesmutter aufgefordert, Präsident Putin aus dem Amt zu jagen. (dapd)

LAUT ODER LEISE?

Etablierte Musiker, frische Jungbands, Pop-Diskurse sowie Interviews mit SängerInnen und Klangfricklern: im Musikarchiv auf taz.de/musik

Konzerte  
Kritiken  
 Klänge

www.taz.de

CONCORDE-PROZESS

Airline Continental freigesprochen

VERSAILLES | Zwölf Jahre nach dem Absturz des Überschallflugzeugs Concorde bei Paris ist die US-Fluggesellschaft Continental von der Verantwortung für die Katastrophe freigesprochen worden. Bei dem Absturz der Air-France-Concorde waren am 25. Juli 2000 113 Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen 97 Deutsche. Die Concorde war kurz nach dem Start explodiert, nachdem sie auf der Startbahn in Paris-Roissy über ein Metallteil raste, das eine Continental-Maschine verloren hatte. (afp)

CDU-Rebellen kämpfen für Homopaare

ANTRAG Parteitag soll steuerrechtliche Gleichstellung beschließen. Initiatoren setzen auf Debatte, nicht auf Sieg

AUS BERLIN ULRICH SCHULTE

Die CDU-Rebellen geben keine Ruhe – und zwingen ihre Partei jetzt, über einen Kurswechsel bei der Gleichstellung homosexueller Paare abzustimmen. Mehrere wichtige Bundestagsabgeordnete haben einen Initiativantrag für den Parteitag in Hannover formuliert. Der fordert die steuerrechtliche Gleichstellung von schwulen und lesbischen Paaren beim Ehegattensplitting per Gesetz. Homosexuelle, die in eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, übernehmen „wie in der Ehe wechselseitige Verantwor-

tung füreinander“, heißt es zur Begründung in dem Antrag, der der taz vorliegt.

Die Unterzeichner wollen eine fragwürdige Ungleichbehandlung kippen. Bisher profitieren nur Ehepaare vom Ehegattensplitting und streichen – je nach Verdienstunterschied – be-

trächtliche Steuervorteile ein. Schwule und Lesben, die in eingetragenen Lebenspartnerschaften leben, gehen leer aus. 13 CDU-Abgeordnete forderten bereits im August die Gleichstellung.

Ihr Aufruf löste in der Union einen Kulturkampf aus. Er fand wichtige innerparteiliche Unterstützer, etwa Familienministerin Kristina Schröder oder die rheinland-pfälzische Landeschefin Julia Klöckner. Gleichzeitig verurteilten konservative Christdemokraten die Idee als Angriff auf die heilige und rechtlich geschützte Ehe zwischen Mann und Frau. Mit der Kampfabstimmung auf

dem Parteitag, der vom 3. bis 5. Dezember stattfindet, erreicht dieser Streit seinen Höhepunkt.

Den Antrag für die Gleichstellung hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak federführend mitformuliert. Auch der Gesundheitsexperte der Fraktion, Jens Spahn, oder Fraktionsvizechefin Ingrid Fischbach unterstützen die Position. „Schwule und Lesben, die eine Lebenspartnerschaft eingehen, übernehmen genauso Verantwortung füreinander wie Ehepaare“, sagte Luczak am Donnerstag. „Sie leben konservative Werte.“ Gleiche Pflichten müssten

auch gleiche Rechte nach sich ziehen, sagt er. Der Antrag ist nüchtern gehalten und argumentiert vor allem juristisch.

Denn das Bundesverfassungsgericht hatte in der Vergangenheit bei ähnlich gelagerten Entscheidungen mehrmals auf die Gleichstellung gepocht. „Wir wären als CDU gut beraten, selbstbewusst unseren politischen Gestaltungsauftrag wahrzunehmen, statt auf eine juristische Niederlage zu warten“, sagt Luczak. Wenn Karlsruhe die CDU zu einer Korrektur zwingen würde, wäre dies „ein fatales Signal“. Beim Verfassungsgericht heißt es, eine Entscheidung zum Ehegattensplitting für Homosexuelle werde „wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2013“ fallen.

Dass der Parteitag diese kleine Kulturrevolution unterstützt, ist jedoch eher unwahrscheinlich. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble sind gegen eine voraus-eilende Regelung, sie wollen das Gerichtsurteil abwarten. Wohl auch, um ein Signal an dauerfrustrierte Konservative innerhalb der Union zu senden.

Entsprechend agierte die CDU-Führung in den vergangenen Wochen: Der erzkonservative Kreisverband Fulda lehnte in einem scharf formulierten Antrag die Gleichstellung ab. Die Antragskommission des Parteitags frisierte die Diktion, ergänzte ein paar Toleranzformeln, übernahm aber im Kern die Position – und empfiehlt sie nun den Delegierten. Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass sich ein CDU-Parteitag gegen die Kanzlerin und den Bundesvorstand wendet. Luczak sieht das gelassen.

Immerhin, sagt er, werde es eine „lebendige Diskussion“ geben.

„Schwule und Lesben übernehmen genauso Verantwortung wie Ehepaare“

JAN-MARCO LUCZAK



Wie schwul ist das denn? Christdemokraten, schön ordentlich, beim Christopher Street Day 2011 in Stuttgart Foto: Zoonar

THEMA  
DES TAGES

Applaus für die Chefin – und andere Frauen

PARTEITAG Die CDU plant die ultimative Lobhudelei der Kanzlerin. Und setzt auf starke Frauen im Vorstand

BERLIN taz | Unter Christdemokraten kursiert ein Witz, der viel über den anstehenden Bundestagparteitag in Hannover aussagt: Die wichtigste Aufgabe der Delegierten werde sein, stehend sieben Minuten lang der Chefin zu applaudieren, lästern manche. In der Tat ist dies wohl das wichtigste Ergebnis für die Parteiführung, das die drei Tage in Hannover bringen sollen: Die Partei steht geschlossen wie nie hinter Angela Merkel, die sich erneut zur Vorsitzenden wählen lässt.

„Ein tolles Ergebnis“, sagt CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe ihr bereits jetzt voraus.

Vor den Wahlkämpfen in Niedersachsen und im Bund müht sich die Parteiführung, jeden Konflikt zu vermeiden, der das harmonische Bild ankratzen könnte. Der 48-seitige Leituantrag des Bundesvorstands umschiffet Streitthemen, stattdessen lobt sich die CDU für das „deutsche Job-Wunder“, die Energiewende und die Europapolitik. Viele der 1.000 vorliegenden Anträge behandeln sprachliche Kleinigkeiten und wurden von der Antragskommission übernommen.

Neben der Gleichstellung Homosexueller beim Ehegattensplitting gibt es nur wenige The-

men, bei denen Debatten drohen. Dazu gehört eine Forderung der Frauen-Union. Die Vereinigung will, dass die Kindererziehungszeiten älterer Mütter bei der Rente besser anerkannt werden. Die Antragskommission empfiehlt nur einen Prüfauftrag an die Regierung für die milliardenschwere Idee. Auch an der Frauenquote könnte sich Streit entzünden, weil die windelweiche Flexi-Quote von Familienministerin Kristina Schröder vielen in der Partei nicht ausreicht.

Interessant sind auch Verschiebungen im Bundesvorstand – denn sie dokumentieren,

wie sehr in der Partei unter Merkel inzwischen die Frauen den Ton angeben. Niemand zweifelt daran, dass die unangefochtene Kanzlerin mit einem sozialistischen Ergebnis als Chefin bestätigt wird. Julia Klöckner, Landeschefin in Rheinland-Pfalz, wird Vizevorsitzende. Damit rückt eine in der Partei sehr beliebte Frau in den engeren Führungskreis auf. Ebenso wird Ursula von der Leyen wiedergewählt, die weniger beliebte, aber toughe und mächtige Arbeitsministerin.

Gegen so viel Frauenpower fallen die männlichen Bewerber für die Vizeposten eher ab. Hes-

sens Ministerpräsident Volker Bouffier bleibt in bundespolitischen Debatten blass – anders als sein Vorgänger Roland Koch. Und Armin Laschet und Thomas Strobl, die CDU-Chefs in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, repräsentieren zwar wichtige Landesverbände. Diese laborieren aber bis heute an ihren vernichtenden Wahlniederlagen. Bisher gab es nur vier Stellvertreter Merkels. Künftig gibt es einen Vizeposten mehr. Wohl auch, um den Männern Kampfkandidaturen gegen die Powerfrauen zu ersparen.

ULRICH SCHULTE